

Investitionstätigkeiten von KMU – was bringt die Zukunft?

Investitionen sind zentral für die Wettbewerbsfähigkeit und damit das langfristige Überleben eines Unternehmens. Neben der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit spielen Investitionen aber auch aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive zur Belebung der Konjunktur eine wichtige Rolle und sind gleichzeitig auch Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Arbeitsplätzen.

In der Schweiz fallen zwei Drittel der Arbeitsplätze auf kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), welche zirka 99,6 Prozent der rund 320 000 Schweizer Unternehmen ausmachen. Die Bedeutung der KMU kann entsprechend auch in diesem Zusammenhang nicht genügend hervorgehoben werden.



Gabrielle Wanzenried.
Bild Pius Amrein

Im Rahmen einer Studie des Instituts für Finanzdienstleistungen der Hochschule Luzern in Zusammenarbeit

KOLUMNE

mit BDO AG und Raiffeisen Schweiz zum Finanzierungs- und Investitionsverhalten von Schweizer KMU haben wir die Unternehmen unter anderem gefragt, welche Faktoren für ihre Investitionsentscheide wichtig sind. Dabei konnten die befragten KMU für eine Reihe von vorgegebenen Bestimmungsfaktoren jeweils deren Wichtigkeit angeben, wobei fünf Antworten von sehr wichtig (Score = 3) bis völlig unwichtig (Score = 1) möglich waren. Die Grafik (oben links) gibt die Resultate wieder. Je höher der Score ausfällt, desto wichtiger wird der jeweilige Faktor eingestuft.

Die grosse Bedeutung der Betriebsnotwendigkeit von Investitionen an erster Stelle überrascht nicht, und zwar gilt diese unabhängig von der Firmengrösse, der Gewinnsituation, dem Verschuldungsgrad oder dem Kapitalzugang der befragten Unternehmen.

Der zweitwichtigste Bestimmungsfaktor für die Investitionsent-

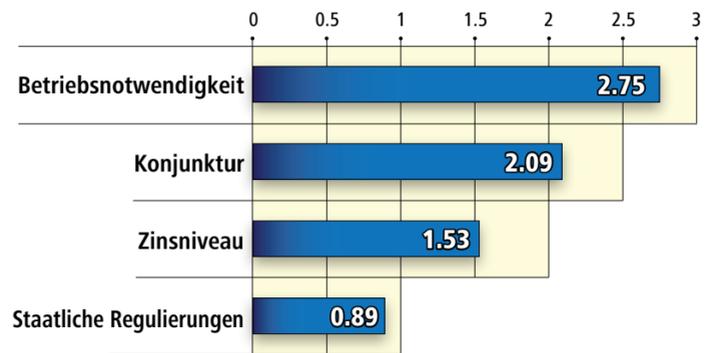
scheide der KMU ist das konjunkturelle Umfeld. 79 Prozent der befragten Unternehmen stufen diesen Faktor als sehr wichtig oder wichtig ein. Für KMU ohne einfachen Zugang zu Kapital kommt diesem Faktor eine noch höhere Bedeutung zu, denn das konjunkturelle Umfeld wirkt sich unter anderem auch direkt auf die Kapitalkosten aus, welche für Unternehmen mit beschränkten finanziellen Ressourcen eine noch weit wichtigere Rolle spielen.

Bei den Investitionsentscheiden der befragten KMU spielt aber auch die Konkurrenz eine relativ wichtige Rolle. Knapp 53 Prozent der Befragten erachten diese als sehr wichtig oder wichtig. Dieses Resultat zeigt auf, dass einem gut funktionierenden Wettbewerb nicht nur aus Konsumentensicht, sondern auch aus investitionspolitischen Perspektive eine wichtige Rolle beikommt.

«Die durch die Investitionen erzeugten Produkte müssen auch in der Schweiz produziert werden.»

Das Zinsniveau steht mit einem durchschnittlichen Wert von 1,12 an vierter Stelle. Nur knapp 32 Prozent der befragten KMU erachten das Zinsniveau als sehr wichtig beziehungsweise wichtig. Für KMU mit einem hohen Verschuldungsgrad sowie mit einem erschwerenden Kapitalzugang ist das Zinsniveau signifikant wichtiger. Weiter fällt auf, dass Familienunternehmen diesem Faktor deutlich weniger Wichtigkeit beimessen als Nicht-Familienunternehmen, was auf unterschiedliche Präferenzen von Familienunternehmen hinweist.

Darum investieren Unternehmen



Quelle: IFZ / Grafik: Janina Noser

Die staatlichen Regulierungen, welche an letzter Stelle liegen, scheinen die befragten KMU zumindest in Bezug auf ihre Investitionsentscheide nicht allzu stark zu beschäftigen. Nur gerade 23 Prozent erachten diesen Faktor als sehr wichtig oder wichtig. Diese insgesamt geringe Wichtigkeit könnte unter anderem auch mit dem in der Schweiz vergleichsweise moderaten Interventionsniveau des Staates zusammenhängen, jedoch bestehen diesbezüglich natürlich auch grosse Unterschiede zwischen den Branchen.

Was können wir aus diesen Betrachtungen für die Zukunft erwarten? Der grosse Einfluss der konjunkturellen Faktoren bereitet im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld Grund zur Sorge. Die Rezession in den Euroländern, wo rund 60 Prozent der Schweizer Exporte hingehen, sowie die Frankenstärke werden sich zwangsläufig negativ auf die Investitionsausgaben der Schweizer KMU auswirken. Dies bedeutet einerseits, dass die Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, und andererseits hat dieser Umstand

direkte Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und damit die Wachstumsrate der Schweizer Volkswirtschaft. Gerade in einem solchen Umfeld kommt der Förderung des kreativen und innovativen Potenzials der Schweiz eine grosse Bedeutung zu.

Aus dieser Perspektive geht das «Massnahmenpaket 2011» des Bundes zur Abfederung der Frankenstärke, welches ja auch Massnahmen im Bereich Technologie, Innovation und Forschung enthält, in die richtige Richtung. Höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung reichen aber nicht aus. Die durch die Investitionen erzeugten Produkte müssen auch in der Schweiz produziert werden, damit sich die entsprechenden Investitionen niederschlagen.

HINWEIS

Die Autorin, Gabrielle Wanzenried, ist Professorin für Investitionsmanagement an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Dozentin und Forschungsleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug. Für weitere Informationen zu diesen und anderen Themen besuchen Sie bitte unseren Blog: <http://blog.hslu.ch/ifz>

Milchproduzent Miba mit tieferem Gewinn

LANDWIRTSCHAFT Die Milchmenge blieb auf Stand 2010. Die Bio-Milchproduktion hingegen ging zurück.

sda. Der Nordwestschweizer Milchverband Miba hat 2011 einen Jahresgewinn von 166 000 Franken erzielt. Das ist leicht weniger als im Vorjahr (175 000 Franken). Die Milchproduktion im Miba-Gebiet stieg um 2 Prozent auf 257,8 Millionen Kilogramm. Zur Zunahme geführt habe, dass das Jahr 2011 trocken und äusserst warm gewesen sei, heisst es im am Freitag vorgelegten Jahresbericht der Miba. Die Produktion sei

damit auf dem Niveau der Vorjahre geblieben. Mehr gemolken worden sei insbesondere von März bis Mai; weniger stark gewesen als früher sei der Rückgang von Juni bis August.

Aufgabe von Biobetrieben

Einen Tiefstand erreichte indes mit knapp 13,8 Millionen Kilo die Biomilchproduktion. Gründe seien Betriebsaufgaben und die Rückkehr zu anderen Produktionsarten wegen der strengeren Anforderungen des «Knospe»-Labels für die Fütterung. Da Biomilch aber weiterhin gesucht war, stieg der Preis im Jahreslauf. Der Miba hat Abnahmeverträge mit sechs der wichtigsten Schweizer Milchverarbeiter, wie aus dem Bericht hervorgeht.

USA bringen neuen Namen ins Spiel

WELTBANK US-Abgeordnete wollen den Ökonomen Jeffrey Sachs als Weltbankchef. Dieser ist interessiert.

sda. Im Rennen um die Nachfolge an der Spitze der Weltbank haben sich US-Abgeordnete für den Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs starkgemacht. Sachs hatte sich selbst ins Gespräch gebracht für den Weltbank-Chefposten. In einem am Freitag veröffentlichten Brief an US-Präsident Barack Obama schrieb 27 seiner Parteifreunde, der 57-jährige Leiter des Earth Institute an der Columbia-Universität und Sonderberater von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon verfüge über die notwendige Erfahrung und Sachkenntnis, um die Weltbank in diesen schwierigen Zeiten

zu führen. In der vergangenen Woche hatte der US-Senator und frühere demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry abgewunken. Aus Weltbank-Kreisen hatte es zuvor geheissen, dass Kerry in der engeren Auswahl für den Posten sei, der traditionell mit einem US-Bürger besetzt wird.

Hillary Clinton winkt ab

Neben Kerry waren auch die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Susan Rice, und der frühere Wirtschaftsberater von Präsident Barack Obama, Larry Summers, als Kandidaten genannt worden. Auch US-Aussenministerin Hillary Clinton, die ebenfalls als Favoritin gehandelt worden war, hat bereits erklärt, den Posten nicht anzustreben. Der derzeitige Präsident der Weltbank, Robert Zoellick, tritt am 30. Juni nach fünf Jahren an der Spitze der Finanzinstitution ab.



Jeffrey Sachs soll Weltbankchef werden.
EPA/Bagus Indahono

Fortsetzung von Seite 33

«Wir haben erfolgreich eine Alternative zum Datenaustausch ausgehandelt.»

für die elf Banken wie auch für den gesamten Finanzplatz eine nachhaltige Lösung gefunden wird.

Da geht es vor allem um Geld und um die Aufteilung des zu zahlenden Betrags unter den Banken.

Margelisch: Wir sind bereits daran, einen Schlüssel für die Aufteilung zu finden. Wichtig und zentral ist, dass wir eine Gesamtlösung haben.

Was sagen Sie zum Vorwurf, dass die

Banken selber zu den Totengräbern des Bankgeheimnisses gehören?

Margelisch: Jene Banken, die nach dem Fall UBS noch proaktiv undeklarierte US-Kunden übernommen und beraten haben, haben sich unklug und wahrscheinlich nicht gesetzeskonform verhalten. Sie müssen jetzt die Verantwortung dafür tragen. Einzelne Banken haben auch öffentlich erklärt, dass Fehler passiert sind. Aber wir dürfen das keinesfalls verallgemeinern. Eine Pauschalkritik ist absolut ungerechtfertigt. Sicher ist das keine angenehme Situation für uns. Wir haben seit über zwei Jahren eine Strategie, die der Steuerkonformität verpflichtet ist. Wir erwarten von unseren Mitgliedern, dass sie diese Strategie auch umsetzen.

Wie soll es mit der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung im Inland weitergehen?

Margelisch: Es handelt sich um eine politische Diskussion. Unsere Meinung ist ganz klar, dass wir an dieser Unterscheidung

festhalten sollten. Steuerhinterziehung soll nicht kriminalisiert werden. In der Schweiz gilt das Vertrauensverhältnis zwischen Bür-



«Steuerhinterziehung soll nicht kriminalisiert werden.»

CLAUDE-ALAIN MARGELISCH

ger und Staat. Darüber hinaus haben wir mit der Verrechnungssteuer und auch mit der Vermögenssteuer Instrumente gegen

die Steuerhinterziehung. Und es gibt die Möglichkeit, dass die Steuerkommissare systematische Kontrollen machen können. Das ist ein kohärentes System. Und wir sehen im Moment keine Notwendigkeit, daran etwas zu ändern. Sollten sich der politische Wille und der Volkswille in dieser Frage ändern, werden wir das akzeptieren. Aber das System muss kohärent bleiben.

Warum wehren sich die Banken gegen vorbeugende Massnahmen im Hypothekarkreditgeschäft gegen die Bildung einer Immobilienblase?

Margelisch: Die ursprünglichen Vorschläge des Bundes hätten zu einer Kumulation von permanenten schärferen Eigenmittelvorschriften und der Einführung eines antizyklischen Eigenmittelpuffers geführt. Das wäre ein Overkill. Die vorgeschlagenen quantitativen Kriterien hätten zudem Kundengruppen mit kleineren Einkommen benachteiligt. So hätten sich zum Beispiel Rentner keine Hypothek mehr leisten können.

Nun scheint der Bundesrat eine alternative Lösung ins Auge zu fassen?

Margelisch: Ja, das ist richtig. Wir haben einen Gegenvorschlag gemacht und sind mit Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf im Gespräch, um dieses Konzept zu konkretisieren. Wir hoffen auch, dass die Finanzmarktaufsicht Finma und die Nationalbank realisieren werden, dass die ursprünglichen Vorschläge zu nicht wünschenswerten und kontraproduktiven Ergebnissen führen.

Wie sieht Ihr Vorschlag aus?

Margelisch: Es geht um temporäre, schnell und einfach umsetzbare präventive Massnahmen, die über die Selbstregulierung umgesetzt werden. Das könnten zum Beispiel Anforderungen bezüglich eines Mindestanteils harter Barmittel im Verhältnis zum Kaufpreis bei Eigenheimfinanzierungen sein. Wir sind nun daran, das zu konkretisieren. Auch wir sind an solchen Massnahmen gegen Überhitzungstendenzen interessiert. Wir werden sicher nicht auf Zeit spielen.